



Nationalratswahl 2017

Es wird eng für die SPÖ

„Fehler zählen im Wahlkampf dreifach“:
Was die SPÖ im Wahlkampf falsch macht(e).

ANDREAS KOLLER

WIEN. Diese Umfrage wird die Laune im krisengeschüttelten Wahlkampfteam der SPÖ nicht eben verbessert haben. „Neue Volkspartei mit Sebastian Kurz stabil auf dem 1. Platz“, vermeldete das GfK-Institut am Mittwoch unter Berufung auf 1000 Österreicherinnen und Österreicher, die zwischen 31. Juli und 8. August – also noch vor der Verhaftung des SPÖ-Wahlkampf-gurus Tal Silberstein in Israel – befragt worden seien.

Konkret liege, sagt GfK, die ÖVP bei 32. Prozent, die SPÖ hingegen bei nur 25 Prozent. Dass das befragende Institut als nicht eben der ÖVP ferne stehend gilt, wird für die SPÖ-Strategen nur ein schwacher Trost sein.

Eher unglücklich war auch das Timing, als die SPÖ vergangene Woche – also wenige Tage vor der Verhaftung ihres auch für kühne Spenden-Konstruktionen bekannten Gurus Silberstein – die Installierung eines „unabhängigen“ Personenkomitees zur Kern-Unterstützung bekannt gab. Alles an diesem Komitee

– Hintermänner und -frauen, der Name „Team A“, die Internetadresse – weist in Richtung SPÖ. Doch diese will mit dem Komitee nichts zu tun haben. Und da es sich um keine Initiative der Partei handle, sollen auch die Spenden für das Komitee nicht offengelegt werden, verlaute in der vergangenen Woche. Gestern hieß es, man überlege nun

doch eine Offenlegung. Wie auch immer: Die ÖVP konstruierte bereits mit ostentativer Empörung eine Verbindung zwischen Silberstein und den nicht öffentlich gemachten Spenden.

Selten hat eine Regierungspartei einen Wahlkampf so verstolpert. „Nein“, sagt der ehemalige Vizekanzler und SPÖ-Vizechef Hannes Androsch auf die Frage, ob die SPÖ diese Wahl noch gewinnen könne. Dies nicht nur wegen der Affäre Silberstein, sondern auch wegen ihres „Wahlkampfeslogans aus der Motenkiste“ („Ich hol mir, was mir zusteht“): „Glauben Sie, dass sich ein

SN-THEMA

fleißiger Arbeiter durch diesen Spruch angesprochen fühlt?“ Die SPÖ sei dabei, „aus eigenem Verschulden grob fahrlässig“ die Kanzlerschaft zu verspielen, sagt der Industrielle, dem keinerlei Sympathien zu Sebastian Kurz („inhaltsleere Selbstdarstellung der Orbanisierung“) nachgesagt werden können.

„Politische Fehler werden im Wahlkampf doppelt und dreifach bestraft“, weiß auch Kommunikationsberaterin Heidi Glück, die als Mitarbeiterin und Vertraute des damaligen Bundeskanzlers Wolfgang Schüssel Wahlsiege ebenso aus nächster Nähe miterlebt hat wie Wahlniederlagen. „Kern wird in jedem Interview auf Silberstein ange-



Verspielt er die Kanzlerschaft? Christian Kern mit Wahlplakat.

BILD: SN/APA

sprochen werden. Die politischen Konkurrenten werden das Thema nicht ruhen lassen. Es wird wahn-sinnig schwer für die SPÖ, aus dieser Spirale wieder herauszukommen“, sagt Glück. Schwer werde es auch werden, die SPÖ-Funktionäre für den Wahlkampf zu motivieren – dies vor allem angesichts undemen-

tiertier Meldungen, wonach Silberstein eine Gage von 500.000 Euro von der SPÖ bezogen habe.

Kern ging am Mittwoch in die Gegenoffensive und stellte zwei Videos online. In dem einen distanzierte er sich von Silberstein, in dem anderen warf er der ÖVP vor, inhaltliche Auseinandersetzungen zu scheuen.

Jenseits des Wahlkampfs hat die Affäre Silberstein die Debatte über die Parteispenden befeuert. „Allein im vergangenen Jahr nahmen die Parteien rund vier Millionen Euro ein, ohne die Herkunft offenlegen zu müssen“, rechnet der Journalist und SN-Kolumnist Johannes Huber in seinem Blog dieSubstanz.at vor. Hintergrund: Zuwendungen von „Berufs- und Wirtschaftsverbänden“, also etwa von Kammern, der Gewerkschaft oder der Industriellenvereinigung, müssen nicht offengelegt werden. Sie lassen sich nur schätzen, weil auf derartige Spenden 15 Prozent Steuer fällig ist. 2016 flossen über diese Abgabe 600.000 Euro ins Budget, macht hochgerechnet vier Millionen.

Die Vorschläge der Opposition Grüne

Keine Unternehmensspenden. Die Grünen haben am Mittwoch eine Verschärfung der Regeln bei Wahlkampfspenden eingefordert. Klubobmann Albert Steinhauser will einerseits ein generelles Verbot von Unternehmensspenden, andererseits sollen die Privatspenden begrenzt werden – und zwar auf 10.000 Euro pro Person und Kalenderjahr. Steinhauser sprach im Zusammenhang mit den Wahlkampfspenden von einer drohenden „Amerikanisierung“ der Wahlkämpfe. Dort hätten etwa Pharmaunternehmer im vergangenen Präsidentschaftswahlkampf Spenden gezahlt und danach sei das Thema der Kostensenkung auf Medikamente verschwunden gewesen. Weiters treten die Grünen dafür ein, dass künftig Personenkomitees und Fördervereine voll zu einer Partei zugeordnet werden.

Neos

Neuneinhalb Punkte. Die Neos legten am Mittwoch einen „9 ½-Punkte-Plan für Transparenz und Fairness“ vor:

1. Senkung der Wahlkampfkostenobergrenze auf einen Euro pro Wahlberechtigtem.
2. Ernstzunehmende Sanktionen

- bei Verletzung der Obergrenze.
3. Ausweitung des Erhebungszeitraums für die Wahlkampf-kostenobergrenze. Derzeit läuft der Erhebungszeitraum nur vom Stichtag bis zum Wahltag.
 4. Verpflichtende Veröffentlichung und Aufschlüsselung der genauen Wahlkampfkosten.
 5. Keine Verschleierung der Wahlkampffinanzierung durch Vorfeldorganisationen.
 6. Einbeziehung der Parlamentsklubs in die Rechenschaftsberichte der Parteien.
 7. Prüfrechte für den Rechnungshof bei den Parteien.
 8. Sanktionen für nicht eingereichte Rechenschaftsberichte.
 9. Illegale Parteienfinanzierung soll Straftatbestand werden.
 - 9 ½. Volle Transparenz bei allen Ein- und Ausgaben von Parteien 365 Tage im Jahr, also nicht nur im Wahlkampf.